Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,700.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 68. Freitag den 9. März 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Zur Unterstützung unserer Landsleute in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche durch die noch andauernden großen Ueberschwemmungen schwer heimgesucht sind, erklären wir uns bereit, in unserer Stiftungsbuchhalterei, Rathhaus, 1. Etage, Beiträge anzunehmen, und werden wir diese durch die Firma Brusch & Rothenstein ihrer Bestimmung zuführen.

Leipzig, am 26. Februar 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.
Dr. Wangemann.

An Beiträgen sind eingegangen:
Oberbürgermeister Dr. Georgi 20 ℳ, Bernhard Hermann 50 ℳ, Fritz Bädeker 100 ℳ, Baudirector Dost 6 ℳ, Wilhelm Hertzog 10 ℳ, F. W. Graupenstein 20 ℳ, Architekt C. 20 ℳ, O. B. 2 ℳ, Wilhelm Engelmann 50 ℳ.
Summa 278 ℳ.
Jund.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit den **Thomaskirchhof** **neu pflastern** zu lassen und ergeht deshalb an die Besitzer der angrenzenden Grundstücke und bez. an die Anwohner hierdurch die Aufforderung, etwa beabsichtigte, den bezeichneten Straßentract berührende Arbeiten an den Privat-Gas- und Wasserleitungen und Beischleußen ungesäumt und jedenfalls vor der Neupflasterung auszuführen, da mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenpflasters dergleichen Arbeiten während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach beendeter Neupflasterung in der Regel nicht mehr zugelassen werden.

Leipzig, am 3. März 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Erledigt

hat sich die von uns unterm 17. dieses Monats erlassene Bekanntmachung, den Handarbeiter **Julius Richard Frohberg** von hier betreffend, durch dessen Gestellung.

Leipzig, den 28. Februar 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Hchn.

Bekanntmachung.

Am 6. dss. Mts. ist auf dem Exercirplatze bei Gohlis, unweit des Pestalozzistifts, der Leichnam eines unbekannten, anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen, etwa 20—25 Jahre alten, 1.70 Meter großen Mannes, mit blondem Haar, ohne Bart, und von schmächtiger Statur erhängt aufgefunden und polizeilich aufgehoben worden.

Bekleidet war der Leichnam mit leinenem Hemd, dunklem Stoffrock, ebensolcher Hose und Weste, hohen Stiefeln und Pelzmütze und fanden sich in einer Rocktasche einige, **auf den Namen „Julius Apfel" lautende Visitenkarten** vor.

Da die Persönlichkeit des Entleibten nicht hat festgestellt werden können, so bitten wir hiermit, falls Jemand über Namen und Stand des Todten Auskunft zu geben vermag, um schleunige Benachrichtigung.

Leipzig, am 7. März 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Breitschneider. Dr. Menhold.

Bekanntmachung.

Der im hiesigen Georgenhause detinirt gewesene, am 30. März 1863 allhier geborene Buchbinder Eduard Paul Klöger, ist am 20. Februar d. J. von dem ihm verfügten Ausgange nicht wieder zurückgekehrt und treibt sich vermuthlich arbeitslos und bettelnd umher.

Wir bitten, den p. Klöger im Betretungsfalle zu verhaften und uns ungesäumt Nachricht anher zu geben.

Leipzig, am 6. März 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Breitschneider. Rsdr. Hollitz.

Nichtamtlicher Theil.

Die Revision der französischen Verfassung.

Die Franzosen bedürfen stets einer Agitation, für welche sie den Ueberschuß an Beweglichkeit und nervöser Erregtheit, der ihrem Wesen anhaftet, verwenden können. Kaum sind die Prinzen aus der Armee entfernt und das neue Ministerium aothdürftig eingerichtet, so taucht schon wieder eine neue Frage auf, welche die ganze Nation in Bewegung setzt und den Bestand der Republik gefährdet: die Frage der Verfassungsrevision. Es stehen sich in derselben zwei Parteien gegenüber, die Einen knüpfen an das an, was Gambetta erstrebte, eine Reform des Senats im Sinne stärkerer Einwirkung der jeweiligen Strömung auf diesen Vertretungskörper und die Listenwahlen an Stelle der Arrondissementswahlen, die andere gehen weiter und verlangen die Aufhebung des Senats. Die radicalen Republikaner fühlen sich durch eine Einrichtung bedroht, welche Beschlüsse der Abgeordnetenkammer umstoßen kann, sie wollen, daß die Kammer souverain sein soll. Den Radicalen war es durchaus nicht recht, daß der Senat eine andere Meinung in der Prinzenangelegenheit zu haben wagte, der Senat hat nach ihrer Auffassung sich den Befehlen der Kammer unterzuordnen, thut er das nicht, so muß er abgeschafft werden. Nach der entgegenstehenden Ansicht, wie sie z. B. der Herzog d'Audiffret-Pasquier in der Senatssitzung vom 1. März vertrat, ist der Senat der höchste Gerichtshof des Landes und seine Aufgabe ist es zu verhindern, daß die Republik zum Despotismus ausartet, daß die Majorität der gewählten Volksvertretung über die Geschicke des Landes entscheidet und dadurch die monarchische Reaction vorbereitet. Das war auch das Ziel der Gesetzgebung, durch welche der Senat in seiner gegenwärtigen Gestalt entstanden ist, er soll das conservative Element im Staatsorganismus vertreten und der radicalen Strömung entgegenwirken. In der Prätendentenfrage trat dieser Charakter des Senats klar zur Erscheinung. Die Majorität vertrat das Interesse der Armee und der Gerechtigkeit gegen alle Franzosen, gleichviel welcher Partei sie angehörten und ohne Rücksicht auf ihre Herkunft. Die Deputirtenkammer glaubt sich über diese beiden wichtigen Momente hinwegsetzen zu können; was die Armee willkürte und als ihr Recht beanspruchte, mußte zurücktreten vor der augenblicklichen Richtung der öffentlichen Meinung, und ebenso wenig kümmerte sich die Kammer darum, ob sie durch die Maßregeln gegen die Prinzen wohlerworbene Privatrechte verletzte. Das ist es, was der Herzog d'Audiffret Despotismus der Republik nennt, wenn die Majorität rücksichtslos ihren Willen durchsetzt, ohne die Folgen zu überlegen. Der Senat hat lange Widerstand geleistet, aber in diesem Falle war das Verlangen der Kammer zu heftig und leidenschaftlich, als daß es ohne ernste Gefahr für die Gesammtheit noch ferner bekämpft werden konnte, der Senat gab also nach. Zum Dank dafür wollen jetzt die Radicalen tabula rasa machen und den Senat aus der Verfassung ausstreichen. In Zukunft will die Kammer souverain sein, wenn sie Beschlüsse faßt, dann sollen sie auch ausgeführt werden. Widerstrebt die Regierung, dann weicht sie einer andern und so ist der Anstoß zu einer Bewegung gegeben, welche den Staat unaufhaltsam ins Verderben treibt, wenn nicht die Gemäßigten in der Volksvertretung die Mehrheit besitzen, was bei den Franzosen erfahrungsgemäß nicht der Fall ist.

Die Listenwahl ist auch eine zweischneidige Waffe. Die Regierung, welche die Wahlen leitet, hat es bei dieser Form der Wahlen in der Hand, eine ihr günstige Mehrheit zu Stande zu bringen, weil sie die Aufstellung der Listen durch die Präfecten beeinflussen kann. Deshalb war ja Gambetta so eifrig bemüht, die Listenwahl einzuführen, denn mit ihrer Hilfe hoffte er auf den Präsidentenstuhl der Republik zu gelangen. Er wollte den Staat centralisiren, damit er den Mittelpunct bilden konnte. Wenn nun aber die Regierung selbst sich in den Händen der Radicalen befindet? Was dann? Ist dann nicht die Listenwahl das beste Mittel, um die radicale Strömung zu beschleunigen und den republikanischen Despotismus zum Siege zu führen? Aus diesem Grunde hat die Listenwahl viele Gegner sowohl auf der rechten Seite der Kammer als auch auf der linken. Die Vertreter der monarchischen Staatsform wollen es in der Hand behalten, daß ihre Gesinnungsgenossen in der Provinz auch mit ihrer Meinung zur Geltung gelangen können, was bei den Departementswahlen nicht mehr mit Sicherheit zu erwarten ist, und die Gegner der Listenwahl unter den Republikanern wollen verhindern, daß mit Hilfe derselben ein Mann zur Macht gelangt, welcher sich von ihrem Einfluß losmacht. Ferry hat als Minister praktische Erfahrungen, er weiß, daß er mit starrer Consequenz nicht weit kommt, er muß laviren, dem Strom der öffentlichen Meinung halb Concessionen machen, halb ihm entgegen wirken, die Herstellung des Gleichgewichts ist für ihn nöthig, nur dann kann er hoffen, am Ruder zu bleiben. Das Wort von der starken Regierung, was er stets im Munde führt, ist eine leere Redensart, von einer starken Regierung kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Frankreich überhaupt nicht die Rede sein, das Ministerium hat alle Hände voll zu thun, um sich im Sattel zu halten. Vom 22. Februar bis zum 6. März hat Ferry schon dreimal die Vertrauensfrage gestellt, und die Minorität wächst schon in bedenklicher Weise. Am 6. März betrug sie schon 182 Stimmen und Tags zuvor erhielt der Antrag Clémenceau, welcher die Berathung auf die nächste Sitzung verschieben wollte, sogar 207 Stimmen. Das ist die Zahl, mit welcher Ferry in Zukunft zu rechnen hat, von dieser Seite her droht ihm die Gefahr. Clémenceau hat die Formel gefunden, welche die Frage der Revision der Verfassung stets auf der Tagesordnung festzuhalten im Stande ist. Er stellte die Frage, ob das Votum vom 26. Januar 1882 zu Gunsten der Revision der Verfassung noch giltig sei und weshalb der Senat diesem Votum nicht Rechnung getragen habe? Der 26. Januar 1882 war der Tag, an welchem das Ministerium Gambetta fiel, weil die Einführung der Listenwahlen von der Kammer verneint worden war. Das Ministerium Freycinet, welches folgte, vertagte die Verfassungsrevision auf gelegenere Zeiten, aber Clémenceau hatte das Votum durch seinen Einfluß herbeigeführt und an diesen Erfolg erinnerte er am 6. März die Kammer, er warf dem Ministerium Ferry den Fehdehandschuh hin und rief ihm zu: Entweder du nimmst die Revision der Verfassung in die Hand und dann fällst du, weil du an dieser Aufgabe scheitern wirst, oder du entziehst dich dieser heiklen Angelegenheit und dann habe ich ein Mittel in der Hand, um dir fortwährende Verlegenheiten zu bereiten. Ferry ist in der That in einer üblen Lage, er darf es mit der Majorität der Kammer nicht verderben und er muß auf der anderen Seite bemüht sein, den Senat zu stützen. In beiden Vertretungskörpern hat er seine Anhänger und die Senatoren, welche ihm am 1. März ihr Vertrauen ausdrückten, sind auch für die Folge eine Stütze, deren er nicht entbehren kann, wenn er eine starke Regierung aufrichten oder wenigstens den Schein einer solchen erwecken will. Es gilt also für ihn, das Gleichgewicht zwischen Kammer und Senat zu halten bis zum Jahre 1885. In diesem Jahre wird die Frage der Verfassungsrevision brennend und er wird sie im Wege der freundschaftlichen Uebereinkunft zwischen Kammer und Senat zu lösen suchen. Das ist also wenigstens ein Programm für zwei Jahre; ob es ausgeführt werden kann, wird die Folge lehren. Vorläufig bleibt das Votum vom 6. März die Basis, auf welcher Ferry fußen und weiter arbeiten muß. Die Zahl seiner Gegner ist groß und Clémenceau ist ein gefährlicher Rival.

Leipzig, 9. März 1883.

* Aus Berlin wird uns vom Mittwoch geschrieben: „Der heutige „Staatsanzeiger" veröffentlicht die Mittheilung, daß das Entlassungsgesuch des Kriegsministers v. Kameke vom Kaiser genehmigt und derselbe aus seiner Stellung geschieden ist. Die Ernennung des Nachfolgers ist noch nicht publicirt, doch steht es fest, daß der neue Kriegsminister General Bronsart von Schellendorff sein wird, wie ich Ihnen bereits am Montag depeschirt habe. Alle anderen Gerüchte über die Person von Kameke's Nachfolger, welche von einem hiesigen Reporter gemeldet und von anderen Blättern nachgedruckt wurden, beruhten lediglich auf der Kraft der Phantasie des geschätzten Herrn. Denselben Werth, oder vielmehr Unwerth hat auch die Meldung, daß die Stellung des Generals Berdy du Vernois erschüttert sei, oder wie noch andere Erfinder behaupten, die Position des Herrn von Stesch. Daran ist auch nicht ein wahres Wort. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" theilt mit, daß Herrn von Kameke bei Bewilligung seines Abschiedsgesuches das Kreuz und der Stern der Großcomthure des königlichen Hausordens von Hohenzollern vom Kaiser verliehen worden ist; der „Staatsanzeiger" enthält diese Meldung noch nicht. Das Gerücht, daß Herr von Kameke in den erblichen Grafenstand erhoben worden ist, entbehrt jeden Anhalts. Daß Berdy's Stellung nicht erschüttert ist, daß sich dieser übrigens noch junge, verdiente und thatkräftige Officier an hoher und höchster Stelle ganz besonderer Beliebtheit erfreut, ist vielmehr in allen militairischen Kreisen bekannt. Die Ernennung Bronsart's wird morgen im „Staatsanzeiger" erwartet. Die Nachricht, daß derselbe heute Vormittag vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen worden ist, beruht auf einer Verwechselung. General Bronsart ist sowohl ein praktisch tüchtiger Krieger, als er sich auch als militairischer Schriftsteller verschiedentlich versucht hat. Den Feldzug gegen Frankreich hat er im Hauptquartier des Kaisers mitgemacht."

* Der neue Kriegsminister ist am 25. Januar 1832 in Danzig geboren (sein Vater war zuletzt Generallieutenant und Director des Militair-Oekonomie-Departements im Kriegsministerium) und gleich den beiden letzten Kriegsministern im Cadettenhause erzogen worden. Zuerst trat er in das Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiment ein, war dann Hauptmann im Infanterie-Regiment Nr. 2, hiernächst im Großen Generalstab und Lehrer der Kriegs-Akademie. Während des letzten deutsch-französischen Krieges war er bereits Oberstlieutenant und Abtheilungschef des Großen Generalstabs im Hauptquartier des Oberfeldherrn. Schnell rückte er zum Obersten und Chef des Generalstabs des Gardecorps, hierauf zum Generalmajor und Commandeur der 1. Garde-Infanterie-Brigade vor, von welcher Stelle er am 28. Mai 1881 zum Generallieutenant und Commandeur der 2. Garde-Infanterie-Division befördert wurde. In einem Jahrzehnt war er vom Major zum Generallieutenant aufgerückt. Auch als Militairschriftsteller hat sich Herr v. Bronsart einen Namen gemacht.

* Aus Berlin wird uns vom Mittwoch geschrieben: „Im Abgeordnetenhause wurde heute in die dritte Lesung des Etats eingetreten. Die Generaldebatte eröffnete als Vertreter der Conservativen der Abg. Graf Limburg-Stirum, welcher darauf hinwies, daß in der zweiten Lesung des Etats vielfache Wünsche auf Erhöhung der Ausgaben verlautbart worden seien, ohne daß man jedoch irgend wie einen Vorschlag zur Erhöhung der Einnahmen gehört habe. Die Erhöhung der Ausgaben, wie überhaupt die Befriedigung der stetig wachsenden Bedürfnisse der Einzelstaaten sei nur durch die Hülfe des Reichs zu ermöglichen. Darum möge die Linke sich endlich dazu herbeilassen, neue Reichssteuern zu bewilligen. Demgegenüber betonte der Abg. Rickert, daß Preußen sehr wohl auf eigenen Füßen stehen könne und nicht auf die Hilfe des Reiches angewiesen sei; für größere Einnahmen in Preußen haben auch die Liberalen, wo es nöthig und nützlich war, stets ihre Stimme abgegeben. Und auch im Reiche wären die Liberalen für die Steuerreform eingetreten und hätten die Branntwein- und die Zuckersteuer befürwortet. Abg. Frhr. v. Minnigerode wies besonders auf die Nothwendigkeit der Börsensteuer hin und sprach die Hoffnung aus, daß die Conservativen auch im Reichstage bald die Mehrheit erlangen und dort ihre Finanzpläne verwirklichen würden. Abg. Rickert hatte es leicht, dem Elbinger Freiherrn den Nachweis zu erbringen, daß die conservative Mehrheit bis heute auch im Abgeordnetenhause noch Niemandem offenbar geworden sei; wenn die Conservativen etwas durchsetzen wollten, seien sie stets auf die Unterstützung der Nationalliberalen oder des Centrums angewiesen. Da fand sich Herr v. Minnigerode zur großen Heiterkeit des Hauses veranlaßt, seine Worte dahin zu deuten, daß er nicht die conservative Majorität im politischen Sinne, sondern in Bezug auf den Anstand gemeint habe! Auch Abg. Dr. Windthorst erklärte, daß seine Partei im Reiche keine indirecten Steuern bewilligen würde, wenn nicht eine unmittelbare Entlastung der Einzelstaaten damit verbunden sei. — In der Specialdiscussion wurde von den Conservativen der Antrag auf Wiederherstellung der Position für den Volkswirthschaftsrath gestellt. Die Debatte förderte keine neuen Gesichtspuncte zu Tage. Die Abgg. v. Liebermann und Dr. Loewe (Bochum) traten für diese Körperschaft ein, die Abgg. Haenel und Windthorst sprachen dagegen. Abermals wurde der Volkswirthschaftsrath und zwar mit 192 gegen 191 Stimmen abgelehnt. In letzter Stunde waren noch von beiden Seiten alle säumigen Freunde herbeigeholt worden, unter ihnen auch Herr v. Kameke, welcher bekanntlich Mitglied des Hauses ist. — Beim Etat des Ministeriums des Innern brachte Abg. Lassen (Düne) die Angelegenheit der nordschleswigschen Optanten zur Sprache. Minister v. Puttkamer bedauerte, daß Lassen nicht eine förmliche Interpellation gestellt habe, da er dann sich für die Beantwortung mit mehr Material versehen hätte. Heute beschränke er sich darauf nachzuweisen, daß unter den gegebenen Verhältnissen, um Ruhe und Frieden unter den Bewohnern Nord-Schleswigs herzustellen, die erlassene Verfügung durchaus nothwendig war. Dieselbe sei übrigens vorher der dänischen Regierung mitgetheilt worden und habe diese durchaus nichts Feindseliges in dem Vorgehen der preußischen Regierung gefunden. Es machte einen wohlthuenden Eindruck, daß der Abg. Hänel sich in formeller und thatsächlicher Hinsicht durchaus einverstanden erklärte mit den Ausführungen des Ministers. — Morgen kommt der Cultusetat an die Reihe."

* Der Feier der silbernen Hochzeit des Kronprinzenpaares widmet die „Provinzial-Correspondenz" folgende rückblickende Betrachtungen:

Die letzte Februarwoche ist Zeugin der Festlichkeiten gewesen, welche zur Feier der silbernen Hochzeit Ihrer kaiserl. und königl. Hoheiten des Kronprinzen und der Kronprinzessin vorbereitet und in bekannter trauriger Veranlassung auf die Tage der sogenannten Mißlaute hinausgeschoben worden waren. Eine Weile zurückgehalten, hat das Bedürfniß nach sofortigerer äußerer Ausgestaltung des Festes, an welchem die gesammte Nation freudigsten Antheil nahm, sein unveräußerliches Recht mit verdoppelter Stärke geltend gemacht und neuen Zeugniß dafür abgelegt, daß die Freuden- und Ehrentage unseres Kaiser- und Königshauses Familienfeste sind, an denen die Hauptstadt, das Land und das Reich gleich warmen und herzlichen Antheil nehmen. Weit über den glänzenden Kreis hinaus, der in den Sälen des alten Residenzschlosses der Hohenzollern versammelt war, sind die Herzen erwärmt, die Fenster erhellt und die Hände dankbar erhoben gewesen bei dem Gedanken, daß das kronprinzliche Paar, dessen Ehrentag begangen wurde, sich der Erinnerung an ein Vierteljahrhundert reichen häuslichen und ehelichen Glücks im vollen Glanze des Daseins erfreuen und Zeuge sein durfte der reichen Ernte an Liebe, Dankbarkeit und Verehrung, die aus den von ihm gestreuten Saaten auf gegangen ist. Wo, wie bei uns, das Leben des Fürstenhauses in die Nation hinaus erweitert ist, da wird Alles, was den Fürsten zugetheilt ist, zum Mitbesitz des Volks, zum deutschen Familienreichthum. Die nur allzu rasch vorübergegangene Feier hat noch eine andere Bedeutung gehabt. Sie ist verschönt worden durch die Anwesenheit lieber Gäste, welche dem erlauchten Paare die Glückwünsche zahlreicher Höfe des In- und Auslandes überbracht, durch ihre Anwesenheit den Glanz des Festes erhöht und allen Theilnehmern bewiesen — den nahen und den entfernteren — die freudige Empfindung gegeben haben, daß die Bande der Freundschaft und des Vertrauens, welche Deutschland und Preußen mit den übrigen Staaten verbinden, die früheren geblieben sind, und daß die Friedenshoffnungen, in denen alle Völker einander begegnen, auf festem Grunde ruhen.

* Von welchen Gedanken man in Regierungskreisen bei der Wiedervorlegung des Etats pro 1884/85 unmittelbar nach Ostern ausgeht, darüber giebt eine officiöse Berliner Correspondenz der amtlichen „Elsaß-Lothringischen Zeitung" Aufschluß. Es heißt darin: „Der Reichstag kommt also in die Lage, das, was er im Januar-Februar nicht thun zu dürfen glaubte, aber doch wohl hätte erledigen können, nunmehr im April doch thun zu müssen, nur wahrscheinlich dann mit wesentlich größerem Zeitaufwand. Ein verfassungsmäßiger Grund zu einer Weigerung liegt nicht vor, somit würde eine solche nur zu den bedenklichsten Folgen führen können." Wir glauben, der Reichstag kann diesen Drohungen gegenüber seine Geschäfte in souverainer Ruhe selbst regeln. Man darf sich aber dann auch auf Seiten der Regierung nicht wundern, wenn gegenüber solchen Pressionen auch die Liberalen die Machtmittel gebrauchen, die ihnen zu Gebote stehen und wenn namentliche Abstimmungen dabei eine Hauptrolle spielen. Uebrigens ist aus den Auslassungen der „Germania" schon jetzt zu entnehmen, daß das Centrum nach wie vor gegen die Doppeletats ist und in dieser Frage durchaus mit den Liberalen Hand in Hand gehen und also auch dem Antrage auf Vertagung des Abgeordnetenhauses von Ostern bis Pfingsten beistimmen wird.

* In verschiedenen Blättern ist von einer bevorstehenden offiziellen Besprechung zwischen den Führern der liberalen Parteien im preußischen Abgeordnetenhause über die parlamentarische Geschäftslage die Rede. In nationalliberalen Kreisen ist davon nichts bekannt; hier geht die Ansicht vorwiegend dahin, daß es am zweckmäßigsten sein würde, dem Reichstag nach Ostern etwa drei Wochen frei zu lassen und alsdann gegen Ende April wieder Sitzungen des Abgeordnetenhauses anzuberaumen.

* * *

* Die gewaltsamen Magyarisirungstendenzen und der damit in enger Verbindung stehende ungarische Mittelschulgesetzentwurf finden nun auch ihren Wiederhall in der serbischen Presse. Freilich sind es nicht die Belgrader Regierungsorgane, welche sich gegen den gegenwärtigen magyarischen Hochdruck in Ungarn mißbilligend äußern, weil eben das jetzige Belgrader Cabinet Alles vermeiden will, was Oesterreich-Ungarn verletzen könnte. Desto nachdrücklicher sprechen sich aber die Blätter der großserbischen Partei gegen die im Zuge befindliche nationale Vergewaltigung der nichtmagyarischen Stämme seitens der ungarischen Regierung aus. Besonders bezeichnend äußert sich in dieser Beziehung „Srbski Nezavisimost". Dieses großserbische Blatt schreibt: „Wenn die Herren Magyaren noch zu Ende des neunzehnten Jahrhunderts plötzlich von der Idee befallen werden, im slavischen Osteuropa einen magyarischen Staat zu gründen, so ist diese Idee, abgesehen von ihrer völligen Zukunftslosigkeit, jedenfalls eine sehr verspätete. Seit die magyarischen Asiaten dunkler Herkunft sich gewaltsam zwischen die große slavische Völkerfamilie gedrängt, hat es keinen national-magyarischen Staat gegeben, weil es einen solchen naturgemäß nicht geben konnte. Nun müßte man doch mit völliger Blindheit geschlagen sein, um nicht zu begreifen, daß gegenwärtig die gewaltsame Errichtung eines magyarischen Staates inmitten des slavischen Völkermeeres noch viel unmöglicher ist, als in den vergangenen Jahrhunderten. Und dieser Blindheit scheinen wirklich die neuesten magyarischen Staatsideen in Pest ihren Ursprung zu verdanken. Oder vielleicht glauben dort die Magyaren den Dingen zuvorzukommen, die in Osteuropa und auf der Balkanhalbinsel unaufhaltsam zur Entscheidung drängen? Sie irren sich. Ungarn war niemals ein national-magyarischer Staat, hat also im Hinblick auf den ausgesprochen nationalen Zug unserer Zeit keine Zukunft. Wir hören schon das Brausen der Wogen, welche das kleine machtlose Magyarenthum, trotz seiner verzweiflungsvollen Rettungsversuche, hinwegspülen werden."

* Die Besprechung der Botschafter in Konstantinopel wegen des bulgarischen Tributs wird binnen Kurzem stattfinden. Eine förmliche Conferenz mit daran sich knüpfenden Beschlüssen dürfte es nicht sein, es handelt sich dabei um Ausführung der betreffenden Bestimmungen des Berliner Vertrages, zu welcher die Pforte die Mitwirkung der Mächte erbeten hat.

* Die türkische Presse in Konstantinopel wird noch immer nicht müde, aus Rumelien und Bulgarien die unsinnigsten Nachrichten zu bringen, die namentlich den Zweck verfolgen, die Mohamedaner gegen die Bulgaren aufzuwiegeln, beziehungsweise die in Rumelien und Bulgarien wohnenden Mohamedaner in Angst wegen einer angeblich bestehenden bulgarischen Verschwörung zu versetzen, die nichts Geringeres beabsichtige, als auf ein verabredetes Zeichen sämmtliche Islamiten niederzumetzeln. Die türkischen Blätter versichern schon seit Monaten, daß zu solchen Mordzwecken in Rumelien, zumal aber im Fürstenthum Bulgarien, eine Menge geheimer Comités beständen, wiewohl von der Existenz solcher Comités niemals das Geringste bekannt geworden ist. Das hält aber gewisse türkische Journale durchaus nicht ab, jene verlogenen Nachrichten von Zeit zu Zeit immer zu wiederholen und mit allerlei haarsträubenden Zuthaten zu versehen, die selbstverständlich ihre Wirkung auf den mohamedanischen Fanatismus üben sollen. Auf dieses Manöver sind auch die jüngsten Nachrichten von dem Bestehen großbulgarischer Comités zurückzuführen, welche angeblich beabsichtigen, sämmtliche Mohamedaner zu ermorden. Es ist bereits gemeldet worden, daß den Mohamedanern Ostrumeliens anonyme Placate zugegangen, worin jene aufgefordert werden, sich gegen den Ueberfall seitens der Bulgaren zu bewaffnen. Da aber von der Absicht eines solchen Ueberfalles auch nicht das geringste Anzeichen vorhanden, so dürfte man wohl kaum fehl gehen, die eigentlichen Urheber und Verbreiter jener aufregenden Placate in Konstantinopel zu suchen. Ueberhaupt wird die Lage der Dinge in Ostrumelien immer unerträglicher, ja es ist geradezu

SLUB
Wir führen Wissen.